

Beschluss WP6.6. Verfassungsschutz neu aufstellen.

Gremium: LDK
Beschlussdatum: 05.06.2021
Tagesordnungspunkt: WP6. Wir schützen die Bürgerrechte!

Text

1 Aktuell werden rund 1.500 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern der rechtsradikalen
2 Szene zugeordnet, 700 von ihnen werden als gewaltorientierte Rechtsextremisten
3 eingestuft. Rechtsradikale und -extreme Haltungen und Einstellungen reichen in
4 M-V schon lange tief in die Gesellschaft und auch in den Landtag hinein. Im
5 Landesparlament sitzen die geistigen Brandstifter, die unter anderem
6 Verantwortung für zahlreiche rechtsradikal motivierte Straf- und Gewalttaten
7 tragen. Das ist eine ernsthafte Bedrohung für unsere Demokratie. Hier braucht es
8 einen Verfassungsschutz, der diese Bedrohung versteht und seiner Aufgabe gerecht
9 wird. Auch in M-V muss der Verfassungsschutz Vertrauen zurückgewinnen, das er
10 ganz besonders auch aufgrund seines Verhaltens im Zuge der immer noch nicht
11 abschließend aufgeklärten rechtsterroristischen Gewalttaten des NSU und im
12 Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Anschlags auf den Berliner
13 Breitscheidplatz verloren hat.

14 Der Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern soll eine rechtsstaatlich
15 handelnde, kontrollierbare und effektive Institution sein. Staatliches Handeln
16 mit verdeckten, nachrichtendienstlichen Mitteln im Vorfeld einer konkreten
17 Gefahr kann in einem Rechtsstaat nur dann erlaubt sein, wenn eine wirksame
18 Kontrolle gewährleistet ist, da die Betroffenen schon mangels Erkennbarkeit der
19 Maßnahme kaum individuellen Rechtsschutz suchen können. Ein unkontrollierbares
20 Eigenleben von Nachrichtendiensten darf es nicht geben.

21
22 Wir wollen einen Verfassungsschutz, der offensiv rechtsstaatliche Mittel nutzt,
23 zutiefst demokratischen Ansprüchen genügt und Mittel und Methoden nutzt, die
24 eine Unterstützung rechtsradikaler Strukturen ausschließt.

25 Für einen Verfassungsschutz, der die Verfassung schützt und nicht sich selbst,
26 werden wir:

- 27 • eine wirksame Kontrolle des Verfassungsschutzes durch eine
28 Parlamentarische Kontrollkommission gewährleisten, die über das für diesen
29 Zweck erforderliche Personal verfügt, das Recht hat, auch Personen
30 anzuhören, die nicht dem Innenministerium angehören und grundsätzlich
31 öffentlich tagt
- 32 • die Praxis, Mitglieder der rechtsextremen Szene als Informant:innen
33 anzuwerben, schnellstmöglich beenden. Dies finanziert nur
34 verfassungsfeindliche Strukturen.
- 35 • eine nachhaltige Verbesserung der Personalauswahl und der Personalführung
36 beim Verfassungsschutz erreichen sowie die Aus- und Fortbildung der

- 37 Mitarbeiter:innen gerade auch in Menschenrechts- und Demokratiefragen
38 durchsetzen
- 39 • eine unabhängige Forschungsstelle „Demokratie“ einrichten, die
40 wissenschaftliche Analysen demokratiefeindlicher und –gefährdender
41 Bestrebungen erarbeitet, der Öffentlichkeit durch Publikationen und
42 Bildungsangebote zugänglich macht und somit auch dem Verfassungsschutz
43 eine wissenschaftsbasierte Grundlage für seine Aufgaben bietet.